



Niederschrift

57. Plenarsitzung des Gemeinderates
21. November 2023, 9:00 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 1 der Tagesordnung: Tagesordnungspunkt Einzelberatung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2024/2025 einschließlich der Behandlung der Anträge und Anfragen des Gemeinderats sowie der Einwendungen von Einwohnerinnen, Einwohnern und Abgabepflichtigen zum Haushaltsentwurf

Antrag 1.57 (Seite 162): KSK2030 - Eine Photovoltaikanlage im Monat auf Karlsruher Schulen (DIE LINKE.)
Vorlage: DHH/2023/3127

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (5 JA, 38 Nein)

Der Vorsitzende: Wir kommen jetzt zum Antrag unter 1.57 ebenfalls der LINKEN, eine Photovoltaikanlage im Monat auf Karlsruher Schulen.

Stadtrat Arslan (DIE LINKE.): Das zeigt mal wieder, dass wir unsere Titel so präzise formulieren müssen, dass sie nicht ganz wörtlich verstanden werden. Also es ging natürlich nicht darum, dass wir jeden Monat genau am 31. eine Anlage irgendwo draufstellen, sondern natürlich im Mittel daraus geplant. Es ist schon klar, dass es so nicht funktioniert. Tatsächlich haben wir gesehen, dass im Haushaltsentwurf die Anzahl der Photovoltaikanlagen deutlich geringer sind, als wir sie für notwendig halten. Aus meiner Sicht, jetzt muss ich mich korrigieren, ist nur wirklich ein kleiner Bruchteil vorgesehen in den investiven Maßnahmen. Wir sehen auch nicht als geeignete Strategie, immer nur eine Gebäudesanierung abzuwarten, dann die Photovoltaikanlage draufzumachen. Wenn wir sehen, wie viele Investitionsmittel wir verschieben müssen und nicht rankommen, wird es nicht gleichzeitig funktionieren, weil sonst müssen wir bis 2050 warten, bis wir überhaupt eine Photovoltaikanlage drauf haben oder später. Das heißt, wir würden gerne tatsächlich dieses Photovoltaik-Thema von den Umbaumaßnahmen trennen, separat angehen und deshalb durchsetzen und deshalb diesen Antrag an der Stelle.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Nach der Rede von Herrn Arslan bin ich nicht ganz so sicher, ob das, was Sie wollen und was im Antrag steht, wirklich deckungsgleich ist. Ich glaube, gemeinsam ist uns allen das Ziel, dass wir Photovoltaik möglichst schnell ausbauen wollen. Und ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, wie es im Antrag steht, Schulen herauszunehmen

und in eine besondere Schiene zu setzen, sondern alle städtischen Gebäude sollten möglichst schnell mit Photovoltaikanlagen ausgerüstet werden. Nach meiner Kenntnis ist man nicht mehr komplett an die Sanierung gebunden, aber natürlich muss geplant werden. Und da sind wir auch auf der Seite der Verwaltung. Wir sind auch der Einschätzung, dass durch Einleitung anderer Akteure wie Bürgerenergiegenossenschaften das Tempo erhöht werden kann. Deswegen glauben wir nicht, dass der Antrag der LINKEN jetzt so sinnvoll ist und würden dem auch so nicht folgen wollen.

Stadtrat Schnell (AfD): Photovoltaik liefert Strom nicht immer dann, wenn man ihn braucht und vor allem liefert sie keinen im Winter, wenn man tatsächlich welchen braucht. Zusätzliche Photovoltaik sorgt dafür, dass wir immer größere Strommengen im Sommer in andere Länder abtreten müssen und dafür zum Teil auch Geld bezahlen, und im Winter kriegen wir das dann für teures Geld wieder zurück. Das sorgt nur dafür, dass für die Haushalte in Deutschland die Energiestrom noch viel, viel teurer wird. Und ein weiterer Aspekt ist, diese Photovoltaikanlage muss man nach 25 Jahren entsorgen, und das ist ziemlich teuer. Das heißt, das Ganze lohnt sich nicht, weder für die Stadt noch für die Bürger dieses Landes.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

So ein Ausbauprogramm von unseren Dächern wird Ihnen demnächst nochmal vorgestellt für die nächsten zwei Jahre, so wie es auch angekündigt ist, unabhängig von Sanierung.